

05.06.2007 / Titel / Seite 1

Gleiche Gewalt gegen alle

Rostock: Verhaftungen bei Demonstration zu Flucht und Migration. Kampagne »Block G 8« kritisiert Spaltung. Militante Demonstration gegen Bush angekündigt

Rüdiger Göbel

Die Stimmung in Rostock ist nach den Auseinandersetzungen am Rande der Großdemonstration gegen den bevorstehenden G-8-Gipfel angespannt. Wer in der Ostseestadt dieser Tage mit schwarzem Outfit angetroffen wird, und sei es nur ein T-Shirt, ist verdächtig und muß Polizeirepression befürchten. Am Rande einer friedlichen Kundgebung zum Thema Flucht und Migration nahmen martialisch ausgerüstete Polizisten mehrere Demonstranten fest. Im Unterschied zum Samstag gab es gegen die Polizeiprovokationen keine militante Gegenwehr.

Der Druck auf prominente Globalisierungskritiker ist derweil enorm. Medien und Politik drängen die Bewegung, sich von den »Randalierern« und »Gewalttätern« zu distanzieren. Nicht jeder aus dem Demonstrationsbündnis hielt dem Sperrfeuer stand. So ließ sich dessen Sprecher Monty Schädel am Sonntagabend im ZDF-Interview zu der Versicherung hinreißen, man werde künftig eng mit der Polizei kooperieren und mutmaßliche Rechtsbrecher bei den Behörden denunzieren. Auch das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC ging auf deutliche Distanz zu militanten Gipfelgegnern. Im Hinblick auf die Randalierer sei zuvor nicht in aller Schärfe gesagt worden, »wir wollen euch nicht sehen, wir wollen euch nicht dabei haben«, sagte ATTAC-Sprecher Peter Wahl am Montag im NDR. »Das hätte mit viel größerer Klarheit formuliert werden sollen, und ich denke, daß es jetzt zwingend notwendig ist, dies heute und für die nächsten Tage noch einmal sehr deutlich zu tun.«

Werner Rätz vom ATTAC-Koordinierungskreis entschuldigte sich am Montag bei den Rostocker Bürgern für die Eskalation. Gegenüber junge Welt präzisierte er, wie seine Organisation in den kommenden Tagen mit mutmaßlichen Militanten umzugehen gedenke: »Wenn einer ankommt, mit Kapuze und Palästinensertuch vor dem Gesicht, dann sagen wir dem, er ist unerwünscht.«

Doch die ATTAC-Spitze scheint fern von der Basis in den Protestcamps. Lea Voigt von der Kampagne »Block G 8« war am Montag guter Dinge. Sie distanzierte sich vom Distanzierungsritual und bekräftigte, die Bewegung halte an ihrem Aktionsrahmen, der Regelverletzungen beinhalte, fest. Im Lager Reddelich würden weitere Blockadetrainings stattfinden. »Die Stimmung ist gut«, sagte Voigt gegenüber junge Welt. Ziel sei, in den kommenden Tagen den Flughafen Rostock-Laage und die Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm zu blockieren. Wer sich an »Block G 8« beteilige, müsse allerdings Absprachen einhalten. Die sähen vor, daß die Blockaden so lange wie möglich aufrecht erhalten, Polizisten aber nicht attackiert werden. Wer eine andere Form des Protests wähle, könne dies tun, dürfe andere Demonstranten jedoch nicht gefährden.

Michael Kronawitter von der Antifaschistischen Linken Berlin schließlich verurteilte die Verurteilung der »Autonomen«. Der »militante Widerstand« des sogenannten Schwarzen Blockes am Samstag sei gerechtfertigt und wichtig gewesen - als Signal in die Welt, daß es auch in den Metropolen Widersprüche gibt. »Man soll doch nicht so tun, als wäre in Deutschland alles Friede-Freude-Eierkuchen«, so Kronawitter gegenüber jW. Kriegseinsätze und Sozialabbau seien alltägliche Gewalt, die als solche einfach nicht wahrgenommen werde. Die Aufregung über die Eskalation - auch bei Teilen der Linken - sei so groß, weil in den vergangenen Jahren stets die Polizei den Ablauf von Protesten bestimmt und dominiert habe. In Rostock seien nun erstmals wieder martialisch ausgerüstete Beamte zurückgedrängt worden. »Es hat nicht wenige mit klammheimlicher Freude berührt, Berliner Polizisten auch einmal rennen zu sehen«, meinte Kronawitter. »Militanz heißt, nicht noch die andere Wange hinzuhalten, sondern auch mal zurückzuschlagen. Das wird in den kommenden Tagen sicher passieren. Und das ist auch gut so.« Kronawitter erwartet für den heutigen Dienstag nachmittag »entschlossene Proteste« in Rostock-Laage - US-Präsident George W. Bush kommt.

GIPFEL - KRAWALLE

„Das ist schief gelaufen“

Auf der Rostocker Demo gegen den G8-Gipfel liefen sie gemeinsam mit dem Schwarzen Block. Wieso darf der noch dabei sein? Ein Interview mit Tim Laumeyer, Pressesprecher der Interventionistischen Linken.

Von Chris Köver

Ist Steine auf Polizisten werfen und Autos anzünden für euch eine legitime Form der Widerstandes?

Das kann durchaus legitim sein, am Samstag war es aber der falsche Weg. Da war unser Interesse ein großes, möglichst breites Bündnis gegen den G8-Gipfel. Deswegen wollten wir keinen Krawall, sondern eine gemeinsame kämpferische Demonstration.

Wann ist Gewalt eine legitime Form des Widerstandes?

Generell sind wir gegen die sinnlose und wahllose Ausübung von Gewalt. Auch dagegen, dass Menschen verletzt werden – wie das zum Beispiel mit den Polizisten auf der Rostocker Demo geschehen ist. Sachbeschädigung kann aber eine legitime Form von Widerstand sein. Wenn zum Beispiel die Scheiben einer Bank eingeworfen werden oder Böller in den Hof eines Hotels fliegen, in dem die amerikanische Delegation wohnt, finden wir das nicht weiter dramatisch. Das ist eben ein deutlicher Protest, in diesem Falle gegen die Politik der USA.

Die Autonomen, von denen am Samstag in Rostock die Gewalt ausging, liefen in euren Reihen. Wieso lasst ihr das überhaupt zu?

Wir wollen, dass auch Autonome und Linksradikale an den Bündnissen und Demonstrationen beteiligt sind, weil wir ihre Kritik richtig finden. Daran halten wir weiterhin fest. Wir haben immer wieder betont, was wir wollen: Eine gemeinsame politische Demonstration, an der alle teilnehmen können und bei der es keine Straßenschlachten gibt.

Anzeige



Außerdem würden die Autonomen auch dann kommen, wenn wir sie als Veranstalter nicht dabei haben wollen. Die warten auf keine Einladung. Wenn es für sie interessant ist, kommen sie. Da ist es sinnvoller, sie politisch einzubinden. In Rostock hatte der linksradikale Block an die 8000 Teilnehmer, die stellen einen nicht unerheblichen Teil der Demonstration. Da kann man nicht sagen: Ihr seid nicht willkommen.

Hattet ihr Absprachen innerhalb der IL, dass es auf der Demo keine Gewalt gegen Polizisten geben soll?

Ja, ganz deutlich. Offensichtlich ist es uns aber nicht gelungen, das so zu vermitteln, dass sich alle daran halten. Während der Demonstration hat es geklappt, nur bei der Abschlusskundgebung nicht mehr. Unser Resumé: Das ist schief gelaufen, das haben wir so nicht gewollt.

Was ist da falsch gelaufen?

Wir haben handwerkliche Fehler gemacht: Unser Ordnerdienst war zu diesem Zeitpunkt schon abgezogen, also eindeutig zu früh. Allerdings will ich nicht die ganze Schuld auf uns laden. Auch die Polizei hat Fehler gemacht. Nachdem ein Polizeifahrzeug angegriffen wurde, ist eine Berliner Hundertschaft in die Menge gestürmt und hat wahllos um sich geschlagen.

Das war aber erst die Reaktion auf Gewalt, die vom schwarzen Block ausging.

Natürlich gab es im schwarzen Block Personen, die auf Krawall aus waren. Die Polizei hat während der Demo eine Deeskalationsstrategie gefahren, die absolut richtig war. Hätte sie die in jenem Moment durchgehalten, wäre es nicht zur Eskalation gekommen.

Habt ihr Kontakt zu den Leuten, die am Samstag randaliert haben?

Wir kennen nicht alle, aber von einigen wissen wir. Viele sind schon abgereist. Die, die noch hier sind, wohnen in den Camps. Dort wird diskutiert und in diese Diskussionen mischen wir uns mit ein.

Die IL ist auch Teil der Kampagne [Block G8](#), die an diesem Mittwoch eine Massenblockade rund um Heiligendamm plant. Für diese Aktion wollen wir nur zivilen Ungehorsam, keinen Krawall. Wir haben deutlich gesagt, dass die Autonomen dort nicht willkommen sind.

Werden sie sich daran halten?

Vielleicht wird es auch gewalttätige Aktionen geben, dann aber räumlich getrennt von unseren. Die Bilder von Rostock werden sich sicher nicht wiederholen. Schon allein weil man dort auf dem Acker steht. Da gibt es nichts zum Kaputtschlagen.

Viele fragen sich im Moment, was die Autonomen eigentlich wollen. Steht hinter der Gewalt eine Strategie?

Nein, da geht es eher um die generelle Ablehnung von Obrigkeit und Staat. Dass man sich schwarz anzieht und auf Demos mal einen Stein wirft, ist eher Ausdruck einer Lebenshaltung, ein kultureller Code.

Dann ist das also sinnfreie Gewalt.

Nein, die Gewalt richtet sich schon gezielt gegen die Polizei als Symbol der Staatsmacht, Man kann nicht sagen, dass sie hohl oder unpolitisch sei. Außerdem richtet sich die Gewalt immer nach oben. Autonome würden niemals Minderheiten, soziale Randgruppen oder andere Schwächere verprügeln.

Was ist die Haltung der IL dazu?

Für uns ist das keine adäquate zeitgenössische Form, um radikale Kritik zu üben. Vermummung ist retro. Das hat sich überholt.

Hat sich Gewalt als Kritikform überholt?

Nicht unbedingt. Man sollte sich schon verschiedene Aktionsformen strategisch offen halten. Für den Skandal, die Zuspitzung, den Grenzübertritt bin ich immer. Man muss nur sehen, ob es auch sinnvoll ist. Sinnvoll sind zum Beispiel Aktionen wie [Block G8](#) oder [Die Überflüssigen](#).

Nach den Krawallen in Rostock sind viele der Gipfelkritiker verärgert und haben keine Lust mehr, an weiteren Aktionen teilzunehmen. Ärgert ihr euch darüber?

Wir haben jetzt tatsächlich ein Bündnisproblem. Wie groß es ist, wird sich zeigen.

Ziel eures Protestes ist es, [die Legitimation der G8 in Frage zu stellen](#). Jetzt wird die Welt mit Rostock wieder nur Bilder brennender Autos verbinden.

Das ist tatsächlich ein politisches Problem. Aber es gibt ja noch weitere Aktionstage. Wir setzen vor allem auf die Bilder am Mittwoch bei Block G8.

Welche Konsequenzen zieht ihr aus den Ereignissen von Rostock?

Es hat wenig Sinn, jetzt in Gute und Böse einzuteilen. Für uns ist entscheidend, dass es in den kommenden Aktionstagen wieder stärker um Inhalte und andere Protestformen als Krawall geht. Wie es nach dem Gipfel weiter geht, werden wir im Anschluss diskutieren. Im Herbst planen wir einen großen Kongress mit der radikalen Linken, auf dem wir um neue moderne Politikformen ringen.

Auch wichtig:

[Das kleine Achtmalacht](#) - Was ist was bei G8? Hier steht's.

[Das ist der Gipfel](#) - Der Schwerpunkt zu G8

[Das ist doch...!?!](#) - Über dieses Interview reden wir hier im Forum

[Nach Hause](#) - Zuender. Das Netzmagazin

23 / 2007
ZEIT online

stern.de - 13.6.2007 - 11:31

URL: http://www.stern.de/politik/deutschland/590940.html?nv=cb

G 8-Proteste

"Nennen Sie es Hooliganismus"



© Jens Koehler/DDP

Militante halten zusammen: Im schwarzen Block sammeln sich verschiedene Protestgruppen

Demonstranten haben ein Recht sich zu wehren, sagt der Berliner Arzt und Linksaktivist Michael Kronawitter. Im Interview mit *stern.de* spricht er über gewalttätige Proteste beim G8-Gipfel und über die Lust am Steinewerfen.

Nach dem G-8-Gipfel geht die Diskussion um die autonome Szene und den so genannten schwarzen Block weiter. Doch wie urteilt die Szene selbst über die Ereignisse? Und was wollen die Autonomen

eigentlich erreichen? *stern.de* sprach mit dem Szenekenner Michael Kronawitter aus Berlin.

Herr Kronawitter, nach der Auftaktdemonstration in Rostock haben Sie sich nicht von den Steinewerfern distanziert, sondern gesagt, es sei gut gewesen, dass man gesehen habe, dass in Deutschland "nicht alles Friede-Freude-Eierkuchen" sei. Heißt das, Militanz ist ein legitimes Mittel bei Demonstrationen?

Militanz verstanden als eine bewusst eingenommene kämpferische und kollektive Haltung gegen alle Formen von Ungerechtigkeit und Unfreiheit auf der ganzen Welt? Selbstverständlich! Bei Demonstrationen kann man das so pauschal nicht sagen. Es hängt vom Verhalten der Staatsgewalt, also der Polizei, ab, ob offensive militante Gegenwehr seitens der Demonstranten notwendig wird. Andererseits muss man sehen, dass der Staat selbst ständig Gewalt einsetzt, beispielsweise durch Kriegseinsätze, durch Abschiebungen. Diese Gewalt wird kaum hinterfragt.

Sie reden vom Gewaltmonopol des Staates, eine Normalität in Demokratien. Ist es Ihrer Meinung nach in Rostock missbraucht worden?

In Rostock gab es seitens der Polizei zielgerichtete Aktionen gegen Demonstranten, Beamte warfen sogar Steine gegen ungeschützte Demoteilnehmer.

Randalen in Kopenhagen und Hamburg



Also hat der schwarze Block nur defensiv reagiert?

Das Selbstverständnis - zumindest das der autonomen Bewegung - ist außerordentlich vielfältig und deckt sich in gewisser Weise mit dem, was Heiner Geißler gesagt hat: Man hält nicht auch noch die andere Wang hin, wenn man geschlagen wird. Wie und mit welchen Mitteln bei einer Konfrontation mit der Polizei reagiert wird, entscheidet sich spontan.

Wie steht die Szene allgemein zur Gewalt?

Es gehört zu den Grundsätzen, dass der Einsatz von Gewalt nie menschenbedrohend sein darf. Der Tod eines Menschen wird nicht in Kauf genommen. Aber man lässt sich auch nichts gefallen - das ist Konsens. Konsens ist beispielweise auch, dass symbolische Aktionen durchgeführt werden.

Meinen Sie damit Sachbeschädigung?

Wenn die Filiale einer Großbank entglast wird, dann ist das ein Angriff auf ein Wirtschaftssystem, das seinerseits dafür verantwortlich ist, dass alle paar Sekunden ein Kind an Hunger stirbt. Das mag eine verkürzte Symbolik sein, aber sie wird allgemein verstanden. Daher auch der Spruch: "Scheiben klirren - ich schreit. Menschen sterben - ihr schweigt". In Frankreich oder Italien wird es zum Beispiel nicht gleich zum Skandal erklärt, wenn Scheiben eingeworfen werden. Das scheint ein speziell deutsches Phänomen zu sein. Insgesamt ist das eine verlogene Debatte.

Mehr zum Thema

G8-Protteste: **Wasserwerfer gegen Blockierer**

Chronologie: **Anschläge in Hamburg**

G8-Blockade: **Zivil-Polizisten als Steinewerfer?**

Im Prinzip kann sich bei Großdemonstrationen wie in Rostock jeder dem schwarzen Block anschließen. Wie gehen Sie damit um, wenn Hooligans dabei sind? Leute, die keine politischen Ideen haben, sondern einfach nur Lust, Steine zu werfen?

Wie kommen Sie darauf, dass Leute, die Lust haben Steine zu werfen, ausschließlich Hooligans sein sollen? Ist denn bei Ihnen schon jede Leidenschaft abhanden gekommen, einmal vor lauter Lust etwas bestimmtes - unter Beachtung der körperlichen Integrität von Unbeteiligten - so richtig zu verwüsten? Einen ganzen Abschiebeknast für Flüchtlinge so richtig zu demontieren, zu

zerlegen und kaputt zu hacken kann ich mir als eine Aktion voller Leidenschaft und Lust gut vorstellen. Sie können diese Lust dann ruhig Hooliganismus nennen.

Man könnte auch einfach von Straftaten sprechen.

Auf jeden Fall finde ich es toll, und das spricht doch sehr für die autonome Bewegung und den schwarzen Block, dass sich an ihren Aktionen prinzipiell - wie Sie richtig feststellen - "jeder anschließen kann" - mit Ausnahme natürlich von Nazis und Polizeiprovokateuren. Das macht doch große Hoffnung.

In Rostock hat sich der so genannte schwarze Block international zusammengesetzt - wie haben die Leute aus den verschiedenen Ländern zusammen gefunden?

Das meiste hat sich spontan in den Camps ergeben. Durch Gespräche und Reflexionen wird trotz vieler Unterschiede klar, wer zusammen hält. Autonome agieren vorwiegend in kleinen Gruppen und gefährden niemanden, der das nicht will. Keiner wird zu irgendwas gezwungen.

Abgesehen von der Auftakt-Demo in Rostock ist es bei den späteren Aktionen relativ friedlich geblieben. Lag dem eine gemeinsame Entscheidung zu Grunde?

Sie verstehen unter "friedlichen Aktionen" vermutlich das, was darunter in den etablierten Institutionen und vor allem von der Polizei verstanden wird: unwirksame Aktionen. Da möchte ich widersprechen. Über 10.000 Leuten wanderten in die gesicherte Rote Zone an den Zaun um Heiligendamm, obwohl sie vom Boden und aus der Luft gesichert wurde. Die Polizei wurde in geeigneter Form wahlweise umgangen oder wo notwendig auch überrannt. Knüppel und Steine waren dafür wirklich nicht nötig.

Gleichwohl: Nach Rostock gab es enorme Spannungen zwischen militanten Gruppen und friedfertigen Demonstranten. Wie sind die Autonomen damit umgegangen?

Es gab eine große Diskussion über die Unterscheidung von bösen militanten und guten friedlichen Demonstranten, die nach Rostock plötzlich gemacht wurde. Aber es gab keine Strategieänderung. Die

Blockade der Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm war beispielsweise eine Form des zivilen Ungehorsams, die von Autonomen praktiziert wird. Diese Entschlossenheit zu blockieren, war militant. Es ist ja überhaupt nicht so, dass die Autonomen etwas gegen pazifistische Demonstranten hätten. Aber man muss auch sehen, dass durch die gewisse Militanz seitens der Autonomen das Interesse an der Bewegung erhöht wird.

Entschuldigung: Sie begreifen Gewalt auch als Marketingmaßnahme?

Das Wort "Marketing" ist ja eher ein Begriff aus Ihrem Metier. Aber: Die Antiglobalisierungsbewegung wäre nicht da, wo sie heute ist, wenn es nicht die Hinterfragung des Gewaltmonopols durch militante Aktionen gäbe.



© Jens Koehler/DDP

Militante halten zusammen: Im schwarzen Block sammeln sich verschiedene Protestgruppen

persönliche Einschätzung.

Nach den Vorfällen während des G-8-Gipfels hat Innenstaatssekretär August Hanning nun angekündigt, die autonome Szene künftig intensiver zu bewachen - mit V-Leuten Abhörung und Observation. Was hat das Ihrer Meinung nach für Konsequenzen?

Die Versammlungsfreiheit ist in den vergangenen Jahren ohnehin schon immer stärker eingeschränkt worden, die Aufrüstung der Polizeibeamten und die Durchleuchtung der ganzen Bevölkerung hat zugenommen. Die Legitimation läuft über die Terrorhysterie trotz Abwesenheit irgendeiner bewaffneten Opposition oder ähnlichem hier. Ich denke, dass damit letztlich auch gegen Armutspolizeien vorgegangen werden soll, die werden nämlich zunehmen. Wer heute als Linker aktiv ist, muss ohnehin schon mit Totalüberwachung rechnen. Wenn sich das noch steigert, könnte es letztlich sein, dass Leute in klandestine Strukturen überwechseln, aber das ist nur mein

August Hanning sagt auch, die autonome Szene habe monatelang gezielt darauf hingearbeitet, Gewalttaten zu verüben.

Die autonome Bewegung hat sich nicht anders auf den G-8-Gipfel vorbereitet, als andere Gruppen auch. Dass es offensive Momente geben könnte, war abzusehen, dass sich viele auf Demonstrationen nach Möglichkeit verummten, war auch von vornherein klar. Jede Demonstration ist mittlerweile ein überwachter Raum. Wenn man sich dieser Staatskontrolle entziehen will, bleibt einem gar nichts anderes übrig, als sich zu verummten. Dass darüber hinaus etwas geplant worden sei, ist ein konstruierter Vorwurf der letztlich dazu dient, die Kontrolle aufzurüsten. Autonome Gruppierungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht hierarchisch organisiert sind, es gibt keine Anführer und auch keine Schlachtpläne.

Michael Kronawitter



... ist Mitglied der Interventionistischen Linken und Aktivist im Berliner Sozialforum. Der

38-Jährige lebt als Arzt in Berlin-Kreuzberg.

Sie sind Arzt und arbeiten als solcher auch bei Demonstrationen. Trotzdem sprechen sich nicht gegen militante Aktionen aus. Ist das nicht ein Widerspruch?

Zunächst mal: Ich bin für eine gewaltfreie Gesellschaft, aber von da sind wir leider weit entfernt. Gerade deshalb ist Gewalt als Mittel sehr kritisch zu sehen. Bei den Autonomen gibt es eine große Sensibilität für dieses Problem, und den stetigen Versuch, verantwortlich und verhältnismäßig damit umzugehen.

Aber Autonome agieren ja schon sehr offensiv.

Es wird immer so gesehen, als würde von den Autonomen ein Konsens gebrochen, dabei sind es der Staat und die Polizei, die Gewalt ausüben. Als vor Heiligendamm das Greenpeace-Schlauchboot überfahren wurde - das war brutale Gewalt. Menschen hätten sterben können. Die in Heiligendamm auch von Autonomen vereinzelt ausgehenden offensiven Formen der Gegengewalt stehen auch nicht im kleinsten in einer ernsthaften Konkurrenz mit dem staatlichen Gewaltpotential. Als Arzt in Berlin sehe ich auch jeden Tag, dass Menschen nicht mehr leben wollen, weil sie durch Hartz IV gedemütigt werden, weil sie ihre Wohnung verloren haben. Auch das ist eine Form von Gewalt, die Leben aufs Spiel setzt. Und was

Demonstrationen betrifft: Ich sage nicht, dass die Polizei immer Schuld ist. Autonome sind offensiv, keine Frage. Aber in Rostock hat vor allem die Berliner Polizei aggressiv eingegriffen - und das war kein Einzelfall.

Sondern?

Schon vorher haben Berliner Demonstranten Gewalt durch Polizisten erfahren und konnten nichts dagegen tun, sämtliche Verfahren wurden eingestellt. Wenn man all das berücksichtigt, ist es einfach nur scheinheilig, zu sagen, die Gewalt ginge von den Autonomen aus.

Sie selbst wurden in Unterbindungsgewahrsam genommen, während Sie bei einer Blockade als Arzt im Einsatz waren. Mit welcher Begründung?

Ich vermute, dass hat damit zu tun, dass ich mich nicht öffentlich davon distanzieren, das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Offiziell wurde mir vorgeworfen, mein Mobiltelefon und mein Walkie Talkie genutzt zu haben, um "Störer" zu "führen". Rädelsführerschaft also. Das zeigt die Denkweise der Staatsmacht: Sie geht davon aus, dass es für alle hierarchischen Strukturen und "Anführer" geben muss. Ich bin allerdings seit Jahren in der Szene als einfacher Aktivist unterwegs und habe noch nie einen Autonomen gesehen, der einen Befehl befolgen würde.

Das Interview führte Andrea Ritter

Artikel vom 13. Juni 2007

Jungle World 24 :: 13. Juni 2007

URL: www.jungle-world.com/seiten/2007/24/10119.php

Schon gewusst?

Die Jungle World ist eine **Wochenzeitung!**

Man kann sie am Kiosk kaufen.

Oder noch besser: [abonnieren. http://jungle-world.com/abo](http://jungle-world.com/abo)

Ins Schwarze treffen!

Die Randalen war das Beste, was die G8-Proteste zu bieten hatten. von john doe

Nach dem furiosen Rambazamba in Rostock sitze ich gutgelaunt beim Frühstück, als mir Tim Laumeyer, der Pressesprecher der »Interventionistischen Linken«, durchs Radio in den Morgenkaffee pinkelt. Als Sprecher einer der derzeit wichtigsten linksradikalen Zusammenschlüsse in diesem Land distanziert er sich von den militanten Demonstranten. Später lässt sein Verein wissen, dass diese Erklärung dem Stress und dem Lärm der Polizeihubschrauber geschuldet gewesen sei. Doch flirtet Herr Laumeyer offensichtlich mit den Reformisten, dabei stören die Autonomen. Darum lädt er unsereins vom Peacenik-Picknick vor Heiligendamm aus.

Während mich die taktische Distanzierung des linksradikalen Herrn Laumeyer ärgert, amüsieren mich die phantasievollen wie hysterischen Lügengeschichten der Medien über die Ereignisse in Rostock. Dabei muss man nicht einmal dort gewesen sein, es reicht, die Bilder und Berichte genauer zu betrachten, um zu erkennen, dass es sich bei diesen Darstellungen um maßlose, politisch motivierte Übertreibungen handelt. Zugleich zeigt der mediale Hype, dass der Schwarze Block mit dem bisschen Randalen ins Schwarze getroffen hat. Nicht trotz, sondern wegen der Straßenkämpfe wurde der 2. Juni 2007 ein Erfolg!

Der Autonome Werbeblock zur Prime Time hat allen anderen die Show gestohlen. Der von der Bild-Zeitung zum »Bürgerkrieg« geadelte Krawall legt sich wie ein Tränengasnebel über die Inhalte der Demonstration. Und das ist auch gut so, denn der staatsfetischistische Quark von Attac und der antiimperialistische Firlefanz aus dem gleichnamigen Block verdienen es, ohne Gehör zu bleiben.

Dabei ist der Schwarze Block im doppelten Sinne aufregend. Er hebt sich nicht nur durch seine ebenso bizarre und unterhaltsame Selbstinszenierung angenehm vom Rest ab. Neben vielen Spinnern, Pyromanen und Verkleidungskünstlern finden sich bei den Autonomen Gruppen und Personen, die mit der Systemkritik aufs Ganze gehen und gegen die Diktatur der Produktion über die Bedürfnisse das Primat der Bedürfnisse über die Produktion fordern.

Der Schwarze Block macht die Radikalität und Kompromisslosigkeit dieser Systemkritik sichtbar. Schon um der Glaubwürdigkeit willen muss das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt werden. Kollektiv wird durch die Straftat »Vermummung« das Demonstrationsrecht gebrochen. Alleine die Formierung eines solchen Blocks ist ein Zeichen von politischem Selbstbewusstsein.

Der zur Schau gestellte Unwille, sich von den Knüppelschergen verkloppen zu lassen und gegebenenfalls zurückzuschlagen oder sogar selber anzugreifen, ist Teil einer politischen Strategie. Angriffe auf die Polizei sind Ausdruck einer Staatsfeindlichkeit, die wiederum Folge einer radikalen Gesellschaftskritik ist. Das in dieser symbolischen und trotzdem handfesten Auseinandersetzung dem einen oder anderen mitunter wehgetan wird, liegt in der Natur der Sache. Schön ist das nicht, aber mein Mitleid für Leute, die auf Befehl und für Sold andere Leute mit dem Knüppel bearbeiten, hält sich in Grenzen. Es ist eine politische Entscheidung, sich zum Werkzeug zu machen, wie es eine politische Entscheidung ist, militante Systemkritik zu betreiben.

In eher seltenen Fällen wie bei Castor-Transporten oder Antifa-Aktionen verfolgen militante Aktionen unmittelbare politische Ziele. Doch meistens ist das Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei ein Herumtollen auf einer abgesteckten Spielwiese. Das aber tut der Sache keinen Abbruch. Die propagandistische Simulation einer militanten Bewegung ist nicht mit einer militärischen Auseinandersetzung zu verwechseln. Und die Militanten wissen, dass die Rauferei mit der Staatsmacht nicht die Organisation einer alltäglichen, antikapitalistische Praxis ersetzt. Besser als alle anderen verstehen sie es, sinnlich und nachdrücklich die Wut auf die Zustände zu artikulieren. Die autonomen Straßenkünstler vollführen die Negation jeder Sinnstiftung für Staat, Nation, Kapital und die daraus resultierenden Gewaltverhältnisse. Und spätestens, seitdem sich die deprimierende Erkenntnis durchgesetzt hat, dass sie, sobald sie ernst genommen werden, im Knast landen, nehmen viele Militante ihre Militanz weit weniger ernst, als man von außen annehmen könnte.

Ach, es lässt sich nur schwer abstrakt über Militanz reden. In ein paar Minuten auf der Straße kann man manchmal mehr über die Verhältnisse lernen als beim jahrelangen Sitzen im Lesekreis. Da stellt man etwa schnell fest, dass ein rot-grüner Polizeiknüppel genauso wehtut wie ein schwarz-gelber. Wer nie das erotische Kribbeln beim Flambieren einer Wanne erfahren hat, wird es nie verstehen. Überhaupt, warum soll man angesichts der ungeheuren Gewalttätigkeit der Verhältnisse friedfertig bleiben? Nein, es gilt, auf die Barrikaden zu gehen und den Verhältnissen wenigstens symbolisch den Krieg zu erklären.

Jungle World 24 :: 13. Juni 2007

URL: www.jungle-world.com/seiten/2007/24/10118.php

Schon gewusst?

Die Jungle World ist eine **Wochenzeitung!**

Man kann sie am Kiosk kaufen.

Oder noch besser: [abonnieren. http://jungle-world.com/abo](http://jungle-world.com/abo)

Die Faust öffnen!

Die Militanten verdienen keine Solidarität. Ein Plädoyer für den gewaltfreien Widerstand. von jochen stay

Ist es politisch zielführend, aus einer Bündnisdemonstration heraus Verkehrspolizisten anzugreifen, ein Mittelklasse-Auto abzufackeln, sich dann hinter Familien mit Kindern zu verstecken und aus der 23. Reihe Flaschen und Gehwegplatten so zu werfen, dass mehr Demonstranten durch »friendly fire« verletzt werden als gut gepolsterte Beamte? Michael Kronawitter von der Antifaschistischen Linken Berlin konnte sich in der jungen Welt vom 4. Juni darüber freuen, »Berliner Polizisten auch mal rennen zu sehen«, auch weil angeblich »in den letzten Jahren die Polizei den Ablauf von Protesten bestimmt« habe. Aber was ist daran politisch? Was ist daran solidarisch? Und wieso meinen Leute, die sich auf einer Demonstration so verhalten, hinterher müssten alle mit ihnen solidarisch sein?

Ich gebe zu: Mich macht das auch deshalb so ärgerlich, weil mir diese Erfahrungen nicht neu sind. Ich fand es schon in Wackersdorf unerträglich, dass mir, während ich am Zaun sägte, von hinten mit der Zwille Stahlkugeln um die Ohren geschossen und Leute neben mir von Mollis getroffen wurden. Und das Lachen mancher über die ach so militanten Oberpfälzer Bauern blieb dann doch im Halse stecken, als man erfuhr, dass die auch ganz selbstverständlich zu Hause ihre Frauen schlugen.

Massenmilitanz ist zu dynamisch, als dass sie kontrollierbar wäre. Das gilt genauso für Aktionen Einzelner, siehe den Mord an zwei Polizisten an der Startbahn West 1987. Leider sind diese Desaster anscheinend schon zu lange her, um heute noch eine Rolle zu spielen.

In der in den Anti-G8-Camps geführten Debatte um die Gewaltfrage kamen viele der Anhänger von Militanz mit Argumenten, die stark an diejenigen erinnern, mit denen früher für die Prügelstrafe in der Kindererziehung geworben wurde. Wer sich aber die bessere Welt mit der Verbreitung von Angst und Schrecken schaffen will, der muss wahrscheinlich lange auf sie warten. Revolutionen werden meist dadurch gewonnen, dass die Regierungstruppen zur Opposition überlaufen, weil sie deren Argumente nachvollziehen können, und nicht, weil sie Angst vor ihr haben.

Glücklicherweise wurde die Diskussion nach dem Rostocker 2. Juni auf überzeugende Weise mit den Blockadeaktionen am 6. Juni abgeschlossen. Kronawitter hatte noch kurz davor spekuliert: »Militanz heißt, nicht noch die andere Wange hinzuhalten, sondern auch mal zurückzuschlagen.

Das wird in den kommenden Tagen sicher passieren.« Da hat er sich gründlich getäuscht.

Gelernt haben also viele was in den Tagen rund um Heiligendamm, einerseits über die politisch vernichtende Wirkung von Massenmilitanz – hatten wir doch vor der Rostocker Demonstration die Auseinandersetzung um den Gipfel quasi schon gewonnen. Und andererseits über die politisch erfolgreiche Wirkung offensiver gewaltfreier Aktion – hatten wir die Sache nach der Demonstration doch quasi schon verloren. Eine Rostocker Zeitung schrieb: »6 000 gelangten am Mittwoch nahezu ungehindert am Kontrollpunkt Galopprennbahn an den Zaun. Ein Durchbruch bis in den Tagungsort wäre kein Problem gewesen. Es ist vor allem den Demonstranten zu verdanken, dass es keinen Angriff gab, der vermutlich in einer Katastrophe geendet hätte.« Diesen Ablauf hat nicht die Polizei bestimmt, sondern wir selbst, und das macht uns stark.

Viele haben beim Training der Kampagne »Block G8« in den vergangenen Monaten gelernt, wie ein entspannterer Umgang mit der Polizei nicht weniger, sondern mehr Erfolg ermöglicht. Die Gipfel-Blockaden und die zum dort Ankommen angewandte flexible »Fünf-Finger-Methode«, mit der man Polizeiketten auseinanderzieht, haben es gezeigt.

Gewaltfreies Handeln wird häufig falsch verstanden als passives Stillhalten. Das Gegenteil ist der Fall: Gewaltfreies Handeln ist ein aktives Prinzip, das ermutigt und befähigt, Unrecht und Gewalt gezielt entgegenzutreten. Gewaltfreie Aktion kann also durchaus als Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol verstanden werden. Viele gewaltfreie Aktivistinnen und Aktivisten gestehen dem Staat nämlich gerade nicht zu, Gewalt auszuüben. Sie sehen aber auch nicht ein, nur weil der Staat Gewalt anwendet, dies auch machen zu müssen, sondern suchen intelligentere Wege – die dann manchmal bis nach Heiligendamm führen.

Der Autor ist aktiv bei X-tausendmal quer, der Gruppe, die das Fünf-Finger-System in die Kampagne »Block G8« eingebracht hat.

Peter Wahl

Die Gessler-Kapuze

Politik

Kultur

Literatur

Start
Service
Recherche

GRUNDKONSENS ■ *Anmerkungen zur Gewaltdebatte nach dem G 8-Gipfel in Heiligendamm*

"Dem Hut soll gleiche Ehre wie ihm selbst geschehen!" heißt es in Schillers *Wilhelm Tell*. Und wer das Knie vor dem Hut auf der Stange nicht beugte, sah sich aus der Gemeinschaft der Rechtschaffenen ausgegrenzt.

Die Zeiten ändern sich. Verfolgt man die Diskussion bei einigen Sektoren der Linken zu den Gewaltausbrüchen bei der G 8-Demonstration am 2. Juni, scheint an die Stelle des Gesslerhuts eine schwarze Kapuze getreten zu sein. "Schluss mit den Distanzierungen", heißt der Titel eines Papiers, das von der Mehrheitsströmung der "Interventionistischen Linken" verfasst wurde. Und auf einer Versammlung im Camp erschallte unter rauschendem Beifall: "Wer sich distanziiert, spaltet die Bewegung!" Attac-Anhänger in den Camps waren Zielscheibe von Aggressionen - es sei denn, sie beugten sich dem Konformitätsdruck, der von den Anti-Distanzierern ausging, und distanziierten sich von ihrer "Führung".

Die Kampagne der globalisierungskritischen Bewegung gegen den G 8-Gipfel war ein großer Erfolg. Sie hat beträchtlich dazu beigetragen, dass die G 8 bis weit in die Mitte der Gesellschaft delegitimiert sind. Auch in der Debatte um die Grundrechte, die im Mai mit den Razzien des BKA begann und mit der Auseinandersetzung um Polizeigewalt in Rostock sowie dem Einsatz der Bundeswehr beim Gipfel noch andauert, konnte die Bewegung punkten. In den seriösen Medien gab es mit wenigen Ausnahmen eine faire bis freundliche Berichterstattung.

So manche altbekannten Reflexe jedoch findet man in der internen Kontroverse um die Militanz. Daher muss die Diskussion um Gewalt geführt werden. Nicht zuletzt, weil wir bei vielen jungen Leuten eine erfreuliche Politisierungswelle erleben. Der Umgang mit Gewalt ist nicht irgendein Thema unter anderen, sondern eine Grundfrage emanzipatorischer Politik.

Selbstkritik schafft Vertrauen

Dabei ist der Anlass zugegebenermaßen schmerzhaft. Nach allem, was bekannt ist, begann die Randalie in Rostock eindeutig durch Steinwürfe einer Gruppe aus dem Block "Make Capitalism History" auf ein Fahrzeug der Verkehrspolizei. Nachdem die Scheiben zertrümmert waren, flogen weiter Steine auf die beiden Beamten im Auto. Sie wurden verletzt, konnten dann aber wegfahren. Die ansonsten gern benutzte und häufig wohl auch zutreffende Rechtfertigung der "Gegengewalt" zieht in diesem Fall also nicht.

Aber Selbstkritik, gar öffentliche, ist bei manchen Linken nach wie vor tabu. Damit wird die Chance vertan, Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Menschen zu gewinnen, die man für die eigene Sache überzeugen möchte. Stattdessen verlegt man sich auf den Diskurs

von der strukturellen Gewalt oder auf die These von den *agents provocateurs*, um das Steineschmeißen mindestens zu relativieren.

Natürlich gibt es so etwas wie strukturelle Gewalt. Schon Marx sprach von der stummen Gewalt der ökonomischen Verhältnisse und Brecht hat es in eine schöne Metapher gegossen: "Der reißende Fluss wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig." 1971 wurde der Ansatz von dem Friedensforscher Galtung zum Begriff der "strukturellen Gewalt" weiterentwickelt. Gewalt auch als gesellschaftliches Verhältnis zu fassen, ist eine sinnvolle Erweiterung des Gewaltbegriffs. Aber wohlgemerkt: Erweiterung, nicht seine Ersetzung.

Der traditionelle Gewaltbegriff hebt auf physische Gewalt ab, die direkt in die körperliche Unversehrtheit eines Individuums eingreift. Der Unterschied zwischen dieser Form von Gewalt und struktureller Gewalt darf nicht eingeebnet werden. Sonst werden in der Nacht eines uferlosen Gewaltbegriffs alle Katzen grau. Es ist und bleibt ein qualitativer Unterschied, ob sich patriarchale Gewalt darin äußert, dass Eltern ihr Kind über ein System aus Belohnungen und nicht-physischen Bestrafungen zu Gehorsam bringen, oder ob sie das mit Prügel erzwingen. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ein Ehemann die traditionelle Rollenteilung lebt - oder ob er seine Frau schlägt oder vergewaltigt. Und es ist ein qualitativer Unterschied, ob ich bei Lidl an der Kasse sitze, unterbezahlt und ausgebeutet werde - oder ob ich mit dem Bajonett im Rücken Zwangsarbeit verrichte. Auch der Verweis darauf, dass jeden Tag 30.000 Kinder an den Folgen des Kapitalismus sterben, geht hier ins Leere. Als ob von den Steinwürfen in Rostock auch nur ein Kind in Burkina Faso eine Mahlzeit bekäme!

Der auf physischer Gewalt basierende Gewaltbegriff ist darüber hinaus in der Gesellschaft absolut hegemonial. Zu recht, und wir sollten froh sein, wenn dies so bleibt. Daran kann man anknüpfen für die Entwicklung von Friedfertigkeit. Gewalt ist für fast alle Menschen eine existenzielle Erfahrung. Für die meisten ein Kindheitstrauma. Daher fühlt man sich von Gewalt in besonderem Maße berührt, selbst wenn man sie nur im TV sieht.

Wegen der existentiellen Bedeutung physischer Gewalt stand der Schutz vor dieser Gewalt auch immer an der Spitze der Programmatik emanzipatorischer Bewegungen und findet sich in allen demokratischen Verfassungen. Die Würde des Menschen besteht zu allererst in der Unverletzlichkeit seiner Person. Von der Erklärung der Menschenrechte der französischen Revolution über die UN-Menschenrechtserklärung bis zum Grundgesetz finden wir das Prinzip: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." (Art. 2,2 GG)

Ob man die Tobin Steuer gut findet oder nicht, ob man für bedingungsloses Grundeinkommen streitet, Oskar mag oder nicht, all das hat Raum in einem linken Pluralismus. Unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland anno 2007 physische Gewaltanwendung bei einer Demo zu rechtfertigen, verlässt jedoch den emanzipatorischen Grundkonsens. Das ist "Der Zweck entschuldigt die Mittel". Das ist Machiavelli, auch Stalin und Andreas Baader. Für ein wirklich emanzipatorisches Verständnis der Dialektik von Mittel und Zweck ist das nicht akzeptabel. Diese Lektion sollten alle Linken eigentlich gelernt haben.

Demokratie in der Bewegung

Gewalt übt eine hochambivalente Faszination aus. Gerade wegen dieser Wirkung ist die Versuchung besonders groß, Gewalt politisch zu instrumentalisieren - auf allen Seiten. Man kann damit auf einen Schlag Ziele erreichen, für die man sich sonst in langer Kleinarbeit abmühen müsste. Mit dem Hineintragen von Militanz - der Begriff hat

nicht zufällig die gleiche Wurzel wie Militär - in eine soziale Bewegung diktiert man dieser den Charakter der Aktionsformen, ohne sich der Mühe demokratischer Überzeugungsarbeit unterziehen zu müssen.

Zu dieser Leistung sind die Militanten aber keineswegs kraft intellektueller, politischer oder numerischer Stärke in der Lage. So wie beim Judo ein Schwächerer einen Stärkeren durch die Nutzung von dessen eigener Stärke besiegen kann, so erzielen die Militanten in Wechselwirkung mit dem Polizeiapparat eine Wirkung, die in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung steht. Weniger nett formuliert, Militanz verhält sich unter den gegenwärtigen Bedingungen parasitär zum staatlichen Gewaltmonopol. Anders als im Sport legen die Militanten allerdings nicht jene, die sie für ihren Gegner halten, aufs Kreuz, sondern die Bewegung, unter deren Schutzmantel sie sich bei Beschwörung der "Einheit" nach der Demo dann gerne flüchten.

Und die agents provocateurs?

Natürlich gibt es sie, die *agents provocateurs*. Der NPD-Vorstand war von einem halben Dutzend Verfassungsschutzagenten unterwandert. Deshalb scheiterte das Verbotsverfahren. Und garantiert gibt es sie auch unter schwarzer Kapuze. Bei den Blockadeaktionen vor Heiligendamm wurde einer enttarnt.

Wird damit die Kritik an der Militanz hinfällig? Im Gegenteil. Denn zur Provokation gehören immer zwei. Hätten die Schlapphüte so viel Einfluss auf die Steineschmeißer, müsste man sich erst recht von ihnen distanzieren. Denn die wären dann nicht autonom, sondern nützliche Idioten des Verfassungsschutzes.

Peter Wahl, geboren 1948, ist Mitglied des Koordinierungs-Kreises vonAttac.

 [mail an die Redaktion](#)  [nach oben](#)

Impressum -

**Archiv &
Recherche -**

Abonnement

LUTZ BRANGSCH, MICHAEL BRIE

In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele

EINE GESCHEITERTE STRATEGIE

Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten in Rostock haben die Diskussionen zur Rolle von physischer Gewalt in den politischen Auseinandersetzungen wieder aktuell werden lassen. Auf den ersten Vorbereitungstreffen zu dieser Demonstration spielte diese Frage bereits untergründig eine Rolle, ohne sie ernsthaft zu diskutieren. Bestimmend blieb im gesamten Prozess der Vorbereitung die gebilligte Unterschiedlichkeit der Haltung zur Frage der Gewalt als Mittel des Protestes. Der Protest gegen den G8-Gipfel sollte nicht durch eine harte Debatte unter den G8-KritikerInnen selbst in Frage gestellt werden. Dieses Herangehen ist in Rostock gescheitert.

Am 2. Juni dieses Jahres haben in Rostock die auf Gewalt setzenden Gruppen den anderen Gruppen und der großen Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten ihre Logik aufgezwungen und erreicht, dass nicht mehr die Globalisierungskritik, sondern die von wenigen ausgeübte Gewalt das Bild der Gegenaktivitäten prägte. Die Globalisierungskritik der Mehrheit ging in den Rauchschwaden brennender Autos, dem Steinwerfen einer Minderheit und den Wasserwerfern der Polizei unter, so dass Kritik und Protest von der Öffentlichkeit als Zerstörung und Gewalt wahrgenommen und mit ihr gleichgesetzt wurde.

Die bereits seit Wochen laufende polizeiliche Vorbereitung schuf eine Atmosphäre, in der sich der Staat als gewalttätiger Akteur der Durchsetzung einer ungerechten Globalisierung präsentierte. Die extensive Auslegung des Paragraphen 129a des Strafgesetzbuches stellte de facto jedes Denken außerhalb des Mainstreams unter den Generalverdacht des Terrorismus. So legt der erwähnte Paragraph nahe, dass physische Gewalt gegen Personen gleichgesetzt wird mit Formen des gewaltlosen Widerstandes, wie Sitzblockaden. An der öffentlichen Wahrnehmung änderte sich auch wenig durch einzelne gewalttätige Aktionen, die sich gegen Autos oder Gebäude richtete. Dies waren Aktionen, die durch die Bewegung letztlich auch nicht beeinflussbar waren.

Die globalisierungskritische Bewegung für Gerechtigkeit und Demokratie ist nun mit zwei Problemen konfrontiert: erstens damit, dass das Anliegen des Protestes hinter

die Gewalt zurücktritt oder mit ihr gleichgesetzt wird, zweitens damit, dass ein Teil der Bewegung den anderen ungehemmt instrumentalisieren konnte. Die Toleranz wurde zu einem Nebeneinander, das dazu ausgenutzt wurde, Strategien durchzusetzen, die durch keinen Konsens gedeckt waren. Die in der frühen Phase unausgesprochene Vereinbarung gegenseitiger Achtung der Verschiedenheit erwies sich als Schein, als Illusion. Der Versuch, durch das Ausklammern der Frage der Formen von Protest eine größere Bereitschaft und Akzeptanz zu gewinnen, war falsch.

Weltsozialforum und die Gewaltfrage

Formen und Inhalte stehen nie nebeneinander – sie beeinflussen sich immer gegenseitig. Weder können beliebige Inhalte in eine Form gegossen werden, noch können gleiche Inhalte in beliebige Formen gebracht werden. Die Art, wie Protest artikuliert wird, bestimmt, wie Protest von anderen bewertet wird, welche Möglichkeiten politischen Handelns sich ergeben, wie sich Akteure „danach“ verhalten bzw. verhalten können, wie die Glaubwürdigkeit von bekundeten politischen Zielen eingeschätzt wird. Es ist auch eine Frage, ob eine Bewegung sich als souverän gegenüber Provokationen ihrer Sache sicher erweist oder ob sie sich von der Logik solcher Provokationen beherrschen lässt. Und die Sicherheitspolitik im Umfeld des G8-Gipfels ist zweifelsfrei eine Provokation, genauso wie eine massive Polizeipräsenz.

Die neue globalisierungskritische Bewegung hat sich immer wieder mit der Frage der Gewalt auseinandergesetzt. Aber sie hat sich nie mit den unterschiedlichen Logiken von Anti-Gipfel-Protesten einerseits und Weltsozialforen andererseits auseinandergesetzt. Man versuchte, die Einheit ausschließlich über die gemeinsamen Forderungen des Gipfelprotestes herzustellen, ohne die Frage der Formen ernsthaft zu diskutieren.

Das Plakat, das zur Rostocker Demonstration aufrief, proklamierte: „Ein anderer Protest ist möglich!“ Damit hatten die Organisatoren der Demonstration sich implizit den Prinzipien des Weltsozialforums unterworfen. In Artikel 13

der Charta des WSF heißt es, dass es „die Fähigkeiten zum gewaltfreien (!!! – LB/MB) sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung ... und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt“ verstärken will. Das Weltsozialforum ging so weit, neben „Repräsentanten von Parteien“ auch die von „militärischen Organisationen“ auszuschließen.

Wer sich einerseits auf das WSF beruft, muss sich andererseits fragen, inwieweit er den Geist des WSF respektiert. Demonstrationen wie auch die Gipfelproteste folgen einer anderen Logik als die Sozialforen, die ein „offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatten ..., freien Austausch“ sind. Demonstrationen stellen eine direkte Willensbekundung dar und sollten im Geiste des WSF zugleich durch die Kultur und den Respekt im Umgang miteinander und auch mit anderen geprägt sein.

Was aber ist das Ziel dieser Willensbekundungen – ist es die Freisetzung physischer Gegengewalt gegen die Staatsgewalt oder aber der Kampf um die Öffentlichkeit, um Hegemonie in der Gesellschaft? Welche Mittel sind welchem Ziel adäquat und welche schließen die Erreichung welcher Ziele direkt aus? Ist der „schwarze Block“ der legitime „bewaffnete Flügel“ der globalisierungskritischen Bewegung oder aber werden durch seine Gewalt die Ziele dieser Bewegungen direkt ad absurdum geführt?

Eine konkrete Diskussion ist überfällig, Entscheidungen müssen getroffen werden – als Tendenz und für jede konkrete Demonstration. Das Prinzip eines „überwältigenden Konsenses“ muss durchgesetzt werden, Grenzen sind zu ziehen, oder gemeinsames Handeln ist nicht länger möglich.

Gewalt heute

Sehen wir uns die Gewalt näher an. Im gegebenen deutschen Kontext wird die Gewalt gegen die Polizei nicht als Angriff auf den Staat, schon gar nicht gegen die G8 wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Jahrzehnten der Auseinandersetzungen hat sich erwiesen, dass diese Art von Gewalt gegen „Angestellte der Staatsmacht“ diese Staatsmacht eher legitimiert denn delegitimiert. Es ist und bleibt schließlich Gewalt gegen Menschen. Wo liegt der Unterschied zu dem, wogegen demonstriert wird? In den Polizisten finden politische Gewalttäter einen Sündenbock. Sie instrumentalisieren Menschen, die sie Steinen, Feuerwerkskörpern, der Verfolgung und Gewalt aussetzen. Der Respekt vor dem Menschsein der Anderen ist verloren gegangen.

Die globalisierungskritischen Bewegungen kämpfen vor allem um die Wortführerschaft in der Öffentlichkeit, um auf diese Weise die Grundlagen für das Handeln der Herrschenden zu verändern. Es geht darum, diesen die Legitimität abzuspüren und sie so zu schwächen. Es geht auch darum, die Berechtigung alternativer Anliegen in der Gesellschaft weit zu verankern. Gemessen an der politisch-staatlichen und ökonomischen Macht handeln die globalisierungskritischen Bewegungen aus der Unterlegenheit. Aber sie sehen

sich in ihrer Forderung für eine andere, friedlichere, gerechte und menschenwürdige Welt den Herrschenden moralisch und geistig überlegen. Diesem hohen Anspruch müssen sie in der Praxis gerecht werden.

Die von Teilen der Demonstranten (dieses Mal ist die männliche Sprachform sehr berechtigt) ausgeübte Gewalt läuft der Erreichung dieses Ziel der moralisch-geistigen Überlegenheit direkt zuwider. Sie hat die Wortführerschaft von Angela Merkel nicht verringert, sondern im Gegenteil erhöht. In der Mehrheit der Bevölkerung konnte sich die Bundeskanzlerin in ihrer Rolle als wirksame Verfechterin des Kampfes gegen Armut in Afrika und für Klimaschutz (auch in Auseinandersetzung mit den USA) sowie der politischen Mäßigung profilieren.

In Rostock hat eine kleine Minderheit von gewaltausübenden Gruppen das Anliegen der großen Mehrheit bewusst bekämpft. Hauptgegner dieser Minderheit war nicht die Staatsgewalt, deren Mauerbau, deren buchstäbliche Schnüffelei sie im Nachhinein legitimiert haben. Der schwarze Block hat in Rostock vor allem ein Anliegen erfolgreich bekämpft – den legitimen und wirkungsvollen Demonstrationzug der Gewaltlosen. Die falsche Toleranz im Vorfeld und die fehlende offensive Vorbereitung auf diese Gewalt durch die Organisatoren der Demonstration hat diesen Sieg der Unvernunft und Inhumanität möglich gemacht.

Anderer Protest ist dringend nötig!

Vor dem Hintergrund historischer Erfahrung und der heutigen Dimension globaler Probleme muss über eine neue Philosophie der Gewaltlosigkeit diskutiert werden. Erstens muss jenseits naiver Duldung gegensätzlicher Ziele und Mittel diskutiert werden, welche Formen des Protests und Widerstands unter dem Gesichtspunkt der Zwecke der globalen Bewegungen für eine gerechte Welt legitim und wirkungsvoll sind. Zweitens muss aufgezeigt werden, dass Organisationen, die zur Gewalt greifen, oft erst selbst durch die Gewalt ihre Identität gewinnen. Und die Gefahr besteht, dass Gewalt zum beherrschenden Selbstzweck wird. Drittens stellt sich immer die Frage, wie man menschliches Leben, d.h. ausdrücklich auch die körperliche Unversehrtheit der Anderen, in politischen Auseinandersetzungen bewertet. Dies ist nicht nur eine ethische Frage, sondern auch eine Frage, wie physische Gewalt die Gewaltausübenden verändert. Was bedeutet für eine Gruppierung, die auf physische Gewalt setzt, solidarische Gesellschaft? Wo setzt sie die Grenzen der Solidarität? Welche Sanktionen für Andersdenken und Andersverhalten setzt dieses Konzept? Welcher Raum bleibt für Diskussion, für personelle Veränderung auf der Führungsebene usw.? Was bedeutet Toleranz als Fähigkeit zur Selbstveränderung?

Offensichtlich ist Zeit für einen Bruch. Let's make it real.

Lutz Brangsch und Michael Brie sind Mitglieder des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung

11.06.2007 / Feuilleton / Seite 13

In der Sackgasse

Sich wehren müssen: Eine Antwort auf Lutz Brangsch, Michael Brie Co. KG

Hop Sing & Trinity

Lutz Brangsch und Michael Brie haben der globalisierungskritischen Bewegung mit ihrem publizistischen Schnellschuß »In der Sackgasse - oder: Mittel beherrschen Ziele« (siehe jW vom 7.6.) einen Bärendienst erwiesen. Die Vorstandsmitglieder der Linkspartei.PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung legten nach den »gewaltsamen Auseinandersetzungen im Rostocker Stadthafen am 2. Juni« ein sogenanntes Standpunktepapier vor, das in weiten Passagen böswillig und anmaßend ist. Argumente und Schlußfolgerungen liegen ganz auf der Linie des Führungsstabes der Polizei und der sensationslüsternen Medien. Die offiziellen Schnellgerichte waren noch nicht konstituiert, da fällten die beiden Vorstandsmitglieder bereits ihr Urteil: Dem »schwarzen Block« sei »der Respekt vor dem Menschsein der anderen« verlorengegangen. Die gewaltsamen (Re-) Aktionen eines Teils der Demonstranten seien nicht nur Ausdruck von Unvernunft, sondern von »Inhumanität« gewesen. Kleiner war es bei den beiden nicht zu haben. Schöner hätte es kein Polizeisprecher formulieren können.

Brangsch und Brie befinden sich mit dieser Einschätzung in guter Gesellschaft. Die Bild-Zeitung machte am Montag nach der Demo mit der Schlagzeile auf: »Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?«. Der sozialdemokratische Rechtsaußen Johannes Kahrs forderte künftig Mordanklagen gegen Steinewerfer, seine Unionskollegen Ole Schröder und Stephan Mayer wollten gar die GSG 9 auf den Plan rufen, um dem »schwarzen Block« die Leviten zu lesen. Zwischendurch wurde immer wieder der Dauerbrenner Gummigeschosse ins Gespräch gebracht. Jedes noch so kaltblütige Vorgehen der Protestierer schien plötzlich denkbar. Selbst die »Clown's Army« geriet in den Verdacht, bei ihren Spaßguerilla-Aktionen den »Angestellten der Staatsmacht« statt Pustefix üble Chemie ins Gesicht zu blasen. Brangsch und Brie argumentieren da scheinheiliger, indem sie die von der Süddeutschen Zeitung gestellte Frage aufgreifen, ob der »schwarze Block« der »legitime ›bewaffnete Flügel‹ der globalisierungskritischen Bewegung« sei? Eine Schelmin, wer bei dieser Begriffswahl Denunziation vermutet.

Der Text ist nicht, wie suggeriert wird, eine kritische Auseinandersetzung mit den Ereignissen vom 2. Juni. Informationen jenseits dessen, was die Polizei erlaubt, finden sich in keiner Zeile. Statt dessen führten Panik und Hysterie den Kugelschreiber - und vielleicht auch vorauseilender Gehorsam, wie die »Bundeskoordination Internationalismus« (BUKO) vermutet, in der immerhin fast 150 internationalistische Gruppen organisiert sind. Das allein wäre unüberlegt und feige, aber letztlich Feuilleton. Viel schwerer wiegt hingegen der Eindruck, daß die beiden Autoren die Gunst der Stunde nutzen wollten, um den Protest zu spalten und sich gemeinsam mit einigen Bewegungsfunktionären als Wortführer der »Guten« zu inthronisieren. Dazu gehört schon eine gehörige Portion Zynismus - zumal der Text zu einem Zeitpunkt erschienen ist, als die wichtigsten Widerstandsaktionen rund um Heiligendamm noch bevorstanden.

Die Abgrenzungsarien von Brangsch und Brie sind ebenso schrill wie aggressiv. »Das Prinzip eines ›überwältigenden Konsenses‹ muß durchgesetzt werden. Grenzen sind zu ziehen, oder gemeinsames Handeln ist nicht länger möglich. (...) Offensichtlich ist Zeit für einen Bruch. Let's make it real.« Das klingt wie Peter Wahl vom ATTAC-Koordinierungsrat, der die Leser des Tagesspiegel wissen ließ, »daß alle, die sich nicht klipp und klar von Gewalt distanzieren, nicht zu uns gehören. Wir müssen gegenüber Gewalttätern eine ähnlich harte Haltung einnehmen wie gegenüber Neonazis: Wir wollen euch nicht bei uns.«

Solche Einsichten reifen nicht innerhalb von ein paar Stunden. Sie sind Ausdruck von tiefsitzenden Eigentümerallüren, von Machtansprüchen und vom festen Willen, sich der politischen Schmuttelkinder zu entledigen. Nur mit weißer Weste, so die Gewißheit der Brangsch, Brie, Wahl & Co. KG, werde man bei Hofe vorgelassen und gehört. Wie armseelig das ist, soll schwülstiges Pathos verdecken. Da ist die Rede von einer anzustrebenden »moralisch-geistigen Überlegenheit« oder vom »Demonstrationszug der Gewaltlosen« - abstruse Formulierungen, die letztlich auf ihre Schöpfer zurückfallen. Wer die (weltweite) globalisierungskritische Bewegung

derart charakterisiert, hat sie schlicht nicht verstanden. Sie ist eine von ihrem Charakter her explizit kämpferische Gegenbewegung gegen die Unterwerfung von Mensch und Natur unter die Maxime der Profitmaximierung und Ausbeutung - kein Forum, um den Beweis anzutreten, daß man ein besserer Mensch als die bösen Ausbeuter und ihre Büttel ist. Das schließt ausdrücklich ein, daß bestimmte Formen der Gewalt für eine progressive Bewegung völlig inakzeptabel sind. Sich gegen einen Polizeiangriff auf eine Demonstration entschlossen zur Wehr zu setzen, fällt aber sicher nicht darunter.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß jede und jeder selbst entscheidet, welche politische (!) Aktionsform gerade paßt. Und natürlich sind gemeinsame Verabredungen einzuhalten. Wir lassen uns aber weder von Brangsch und Brie noch von Leuten wie Peter Wahl schulmeistern. Als Friedensfreundinnen reichen wir euch trotzdem die Hand: Kommt runter von eurem hohen Roß! Es ist nämlich nur ein Esel!

»Daß Du Dich wehren mußt,

wenn Du nicht untergehen willst,

wirst Du doch einsehen.«

(Bertolt Brecht)

Staatsmacht, Ohnmacht und bürgerliche Medien –

Rostock und die Gewaltfrage

Von Christine Buchholz*

Die globalisierungskritische Bewegung feierte mit den Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm einen großen Erfolg. Nie zuvor gelang es, einen G8-Gipfel massenhaft und gewaltfrei zu blockieren. Gleichzeitig tummelten sich unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan und unter den mehr als 2 000 Gästen des parallel zu den Blockaden stattfindenden Alternativgipfels viele Rostockerinnen und Rostocker.

Zum Auftakt am 2. Juni reisten 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur größten globalisierungskritischen Demonstration in der Bundesrepublik nach Rostock. Allerdings löste die Straßenschlacht zwischen einigen hundert Autonomen des so genannten „Schwarzen Blocks“ unmittelbar nach der Großdemonstration eine kontroverse Debatte in der Linken aus: Manche beließen es nicht bei einer Kritik der „Steinewerfer“ und distanzieren sich sehr schnell von ihnen. Das war unnötig und hilft nicht bei der politischen Bewältigung der Vorfälle.

Sowohl innerhalb des Demonstrationsbündnisses als auch bei attac forderten manche, den „Schwarzen Block“ aus dem Anti-G8-Aktionsbündnis auszuschließen. Viele sprachen nebenbei die Staatsgewalt im Großen und Ganzen frei: Die Polizei trage keine Schuld an der Entstehung der Gewalt, habe sich tadellos verhalten und sei bei dem Konzept der Deeskalation und der Kooperation geblieben.

Ähnlich äußern sich Michael Brie und Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihrem Papier „In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele“ (rls standpunkte 9/2007) fordern sie, „Grenzen zu ziehen“ und schlussfolgern: „Eine gemeinsame Demonstration ist nicht mehr möglich.“ Brie und Brangsch fordern nicht nur den „Bruch“ des Aktionsbündnisses mit den Autonomen. Sie sprechen von einem „Sieg der Unvernunft und Inhumanität“ und fragen: „Wo liegt der Unterschied zu dem, wogegen demonstriert wird?“

Michael Brie antwortete am 9. Juni im „Neuen Deutschland“ selbst auf seine polemische Frage, wo der Unterschied zu unseren Gegnern hinter dem Zaun noch liege, wenn aus unseren Reihen Polizisten mit Steinen beworfen würden. Die USA seien zur „Hauptgefahr der internationalen Sicherheit geworden.“ Allein durch den Irakkrieg sind 700.000 Tote und 1,5 Millionen Flüchtlinge zu beklagen. Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, hat Recht, wenn er die Steine von Rostock mit einem Verweis auf das tägliche Massaker des Hungers relativiert.

Auch angesichts einer Welle von Medienempörung über die Steinewerfer aus dem „Schwarzen Block“ dürfen wir nicht den kühlen Kopf verlieren. Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag geht mit gutem Beispiel voran, wenn er in seinem am 5.6. veröffentlichten Papier „Gewaltverhältnisse - Rostock und die Folgen“ fordert: „Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daher kommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt.“ Die Demonstration in Rostock habe das zunächst vorbildlich getan und daran gelte es jetzt anzuknüpfen.

Inhuman verhalten sich die Heerscharen von Journalisten, die den Unterschied ausblenden zwischen Unrecht, Gewalt und Kriegen der Herrschenden und der ungeduldigen Empörung darüber.

Peter Strutynski meint über den „Schwarzen Block“: „Manche von ihnen streben den sofortigen Erfolg an, die punktuelle Auseinandersetzung mit den Repräsentanten der Staatsmacht und den Hauptverantwortlichen für die ungerechten Gewaltverhältnisse in der Welt.“

Die Steine aus den Reihen des „Schwarzen Blocks“ drücken Wut und Ohnmacht aus. Hier liegt der schwere politische Irrtum der Steinewerfer, wenn sie diese Form des Protestes mit Macht oder Gegenmacht verwechseln.

Aber wir leisten dem Aufbau des Widerstands einen Bärendienst, wenn wir erklären, dass wir den „Schwarzen Block“ aus unseren Bündnissen ausschließen wollen. Denn wer ist der „Schwarze Block“? Die Leute, die Steine geworfen haben, waren nie offizieller Teil des Bündnisses. Sie haben keine Vorsitzenden und keine Geschäftsstelle, wo wir uns beschweren könnten. Die Interventionistische Linke, in deren Block Steinewerfer mitgelaufen sind, ist nicht für jeden einzelnen Fehltritt einer Person, die in ihrem Block gelaufen ist, verantwortlich. Im Gegenteil: Sie hat viele eingebunden in einen großen, bunten, politischen Block und von daher eine weitere Eskalation verhindern geholfen.

Wenn sich die globalisierungskritische Bewegung erst für Steinwürfe verantwortlich machen lässt und dann beansprucht, sie in Zukunft zu verhindern, besteht der einzig sichere Ausweg darin, gar nicht mehr zu demonstrieren. Und genau das ist das Ziel der „eifernden Ordnungspolitiker“ und vieler Kommentatoren in den Massenmedien: Unsere Bewegung zu zerstören.

Über die Stöckchen, die sie uns hinhalten, darf die Protestbewegung nicht springen. Wir kritisieren die Steinewerfer, aber distanzieren uns nicht von ihnen. Ihre Ohnmacht ist auch unsere Ohnmacht. Es liegt an uns, einen anderen Ausweg aus der Inhumanität der herrschenden Verhältnisse zu eröffnen.

Die Hafentarbeiter, die Telekom-Streikenden, die Drucker und Bauarbeiter – die meisten von ihnen fehlten in Rostock obwohl der globale Kapitalismus ihre Zukunft mindestens genauso

bedroht wie die von autonomen Jugendlichen. Anders gesagt: Die Ungeduld der Autonomen, ihr Verlangen nach „sofortigem Erfolg“, drückt nicht nur eine falsche politische Strategie aus, sondern auch unsere eigene Schwäche. Noch schwächelt das Bündnis zwischen globalisierungskritischer Bewegung und Gewerkschaften. Dabei brauchen die Gewerkschaften die globalisierungskritische Bewegung, um der Logik der Standortkonkurrenz einen neuen Internationalismus und eine alternative Strategie für die gewerkschaftliche Gegenwehr entgegenzusetzen. Die globalisierungskritische Bewegung braucht die organisierte Arbeiterklasse, weil sie ansonsten – trotz erfolgreicher Blockaden, phantasievoller Proteste und kluger Köpfe – kein Potential hat, Gegenmacht zu entwickeln. Daran gilt es zu arbeiten und hier kommt gerade der LINKEN eine wichtige Bedeutung zu. Erinnern wir uns an die Wut der Hafentarbeiter, die in Straßburg gegen das „Port Package II“ demonstrierten und dabei auch Steine warfen. Niemandem kam es ernsthaft in den Sinn, diese Gewalt auf eine Stufe zu stellen mit der strukturellen, stillen Gewalt der Europäischen Kommission und der Konzerne, die mit ihrem neoliberalen Feldzug Löhne und Arbeitsbedingungen in den europäischen Häfen ruinieren wollten. Der Straßenkampf in Straßburg stellte den Endpunkt eines erfolgreichen europaweiten Streiks in den Wochen zuvor dar. Der einzige Unterschied zwischen den Hafentarbeitern und den Rostocker Steinwerfern bestand darin, dass die Hafentarbeiter die Fähigkeit hatten, mit ihrem Streik realen Druck zu erzeugen.

Inzwischen wurde bekannt, dass Polizeieinheiten in Rostock brutal in die Demonstration intervenierten und Zivilbeamte Eskalationen provozierten. Menschenrechtsorganisationen brachten harte Kritik am Verhalten der Polizei hervor. Die LINKE kritisierte stets die Eskalation von beiden Seiten. Viele Mitglieder von WASG und Linkspartei beteiligten sich aktiv an der Deeskalation der Situation am 2.6. und riskierten dabei ihre Unversehrtheit. Dass Teile der Bewegung sich vorschnell und reflexhaft vom „Schwarzen Block“ distanzieren, spiegelt ein zweifelhaftes politisches Kalkül wider, dass darauf setzt, es sich nicht mit den bürgerlichen Medien oder dem Staatsapparat zu verscherzen.

Auf der Eröffnung der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan am Tag nach der Demonstration forderte Oskar Lafontaine eine Demokratisierung der Medien: „Es gibt den gewaltigen Irrtum, in den westlichen Industriestaaten seien die Medien demokratisch. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Sie sind frei von staatlichem Einfluss, jawohl, überwiegend. Sie sind aber in der Hand der Wirtschaft. Und eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“

Zum Glück ging die Strategie der Regierung und der Medien nicht auf, mit den gewollten Gewaltbildern die Proteste zu diskreditieren, weil die Mehrheit der Protestbewegung

besonnen und diszipliniert ihren Protest fortsetzte. Das war die Quelle des Erfolges von Rostock.

Nicht ein „anderer Protest“ (Brie/Brangsch) ist nötig, sondern eine Ausweitung der Bündnisse, des Protestes und eine bessere Verzahnung mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Eine bündnisinterne Diskussion wie mit Eskalation und Steinewerfern umzugehen ist nötig und eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit der Unzulänglichkeit autonomer Strategie und Taktik.

Literaturhinweise:

Michael Brie/Lutz Brangsch, In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele
Eine gescheiterte Strategie. rls standpunkte 9/2007,

http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0709.pdf

Feldfunktion geändert

Christine Buchholz/Wolfgang Gehrcke/Katja Kipping, „G8-Demo großer Erfolg - Gewalt geht von G8 aus“, PM vom 3.6.2007,

<http://die-linke.de/presse/presseerklaerungen/detail/browse/1/zurueck/presseerklaerungen/artikel/g8-demo-grosser-erfolg-gewalt-geht-von-g8-aus/>

Feldfunktion geändert

Oskar Lafontaine, „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“, Rede auf der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan,

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1304473554>

Feldfunktion geändert

Peter Strutynski, Gewaltverhältnisse - Rostock und die Folgen,

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/g8-2007/gewalt.html>

Feldfunktion geändert

*Christine Buchholz war an der Vorbereitung und Durchführung der G8-Proteste beteiligt. Sie ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE.

christine.buchholz@web.de



Gewaltverhältnisse

Rostock und die Folgen

Von Peter Strutynski

Das Szenario der Gewalt bei der ersten großen Anti-G8-Demonstration in Rostock am 2. Juni war programmiert. Seit Wochen wurde die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, dass „gewaltbereite Chaoten“ aus dem „linksradikalen Spektrum“ in die Stadt und in die Camps rund um Rostock und Heiligendamm einfallen würden. Innenminister Schäuble gebührt das zweifelhafte Verdienst, Gewalt herbeigeredet zu haben, die dann tatsächlich auch stattfand. Die Medien, insbesondere auch regionale Blätter in Mecklenburg-Vorpommern warnten die Bevölkerung vor Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Organisatoren des Widerstands hatten dieser konzertierten Propaganda – die es nicht bei Worten beließ, sondern mit einer großangelegten Razzia Anfang Mai bereits einen Vorgeschmack auf das verfügbare Reservoir staatlicher Repression gab – relativ wenig entgegenzusetzen. Globalisierungskritiker, Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen befanden sich in einem Dilemma: Einerseits war ihnen die von der politischen Klasse aufgezwungene Gewaltdiskussion überhaupt nicht recht, lenkte sie doch von den guten Inhalten des Protestes ab. Auf der anderen Seite sorgte dieser Diskurs wenigstens dafür, das zuvor nur sehr zäh ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungene Thema „Heiligendamm“ zu einem „Dauerbrenner“ in den täglichen Nachrichten der Medien zu machen. Gewünscht hätte man sich viel lieber eine inhaltliche Skandalisierung des G8-Gipfels, doch die war ausgeblieben.

Es gibt mindestens zwei Gründe dafür, dass die Gewalt in Rostock nach dem Muster einer self fulfilling prophecy auch eintraf. Erstens musste der gigantische Polizeieinsatz – 30.000 Sicherheitskräfte, die einen vielfachen Millionenbetrag verschlangen – gegenüber der Steuer zahlenden Öffentlichkeit legitimiert werden. Wäre nichts passiert, hätte man sich den ganzen Aufwand auch sparen können. Da man sich den Aufwand aber leistete – weil der Sicherheitsstaat für „alle Fälle“ gerüstet sein müsse – musste etwas passieren. Zweitens sollte mit allen Mitteln die inhaltliche Auseinandersetzung um die Agenda des G8-Gipfels vermieden werden, weil die Gipfelverantwortlichen dabei keine gute Figur machen würden. Ob Klimakatastrophe oder Afrikapolitik: Die Herrschenden hatten außer guten Worten nichts anzubieten, was der Menschheit insbesondere in der Dritten Welt von Nutzen wäre. Steinwürfe gegen Polizisten sind ja nicht nur kein Ersatz für die begründeten Alternativen der Gipfelgegner, sie entlasten auch die herrschende Politik, ihre schlechten Argumente und Strategien zu begründen. Wo Steine fliegen, hört jegliche Diskussion auf.

Dennoch hatte die von oben angezettelte Gewaltdiskussion noch einen anderen, von den Urhebern nicht einkalkulierten Effekt. Die erwartete Aufrüstung bei den Sicherheitsvorkehrungen geriet plötzlich in einen so eklatanten Widerspruch zu dem zu erwartenden politischen Ertrag des Gipfels, dass die veröffentlichte Meinung zunehmend den ganzen Sinn der Veranstaltung in Frage zu stellen begann. Und zwar in zwei Richtungen: Einmal fürchteten die liberal gesonnenen Medien – hierin unterstützt von sensibilisierten Intellektuellen – um einen weiteren Abbau ohnehin schon vielfältig durchlöcherter und zerzauster demokratischer Rechte wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Als Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin beim EU-Russland-Gipfel in der Wolgastadt Samara am 17. Mai den russischen Präsidenten Putin dazu aufforderte, seine Gegner vor Ort demonstrieren zu lassen, konterte der gelassen und völlig korrekt, dass er sich angesichts der massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechts in und um Heiligendamm keine Belehrungen in Sachen Demokratie gefallen lassen müsse. Zum anderen entwickelte sich überraschender Weise eine Kritik am Gipfel-Event, die über Heiligendamm hinaus solche Mammutkonferenzen grundsätzlich in Frage stellen. Und dies nicht nur wegen der hohen Kosten und der falsch gewählten Örtlichkeiten (die G8 ließen sich „sicherer“ und vor allem preisgünstiger z.B. auf einem Flugzeugträger unterbringen), sondern auch wegen des immer dünner werdenden politischen Ertrags. Wenn Franz Müntefering öffentlich darüber sinniert, ob solche Gipfel überhaupt noch „zeitgemäß“ sind (ob sie jemals „zeitgemäß“ waren, fragt er natürlich nicht, wahrscheinlich aus Pietät gegenüber Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der die Gipfel vor 30 Jahren quasi „erfunden“ hatte) und wenn die ZEIT in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 2007 „Scheinheiligendamm“ zum Aufmacher macht, ist die fundamentale Kritik am Gipfel sozusagen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Aufwand lohnt nicht (mehr), die führenden Staatsmänner mit Dame Merkel tragen nichts zur Lösung der globalen Probleme bei, sondern sind selbst Teil des Problems. Walden Bello hat das auf der Kundgebung in Rostock auf den Punkt gebracht, als er sich dagegen wandte, von den G8 nicht nur Worte, sondern auch Taten zu verlangen. Nein, sagte er, die G8 selbst müssten „aus dem Weg gehen“, um alternativen Entwicklungsmöglichkeiten Platz zu machen.

Dies ist allerdings nur in einem – vermutlich langwierigen – politischen Prozess durchzusetzen. Und es erscheint fraglich, ob sich jüngere Protestler, die sich in irgendeiner Weise dem „Schwarzen Block“ zugehörig fühlen, mit einer solchen Perspektive zufrieden geben. Manche von ihnen streben den sofortigen Erfolg an, die punktuelle Auseinandersetzung mit den Repräsentanten der Staatsmacht und den Hauptverantwortlichen für die ungerechten Gewaltverhältnisse in der Welt. Und da sich der Gipfel selbst physisch nicht verhindern lässt, richtet sich die Wut dieser Globalisierungsgegner auf die „Handlanger“ der Mächtigen, auf den Polizeiapparat. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite der Barrikade steht eine Polizeiarmee, deren einzelne Teile in

sehr unterschiedlicher Weise, aber immer auch unter dem Einfluss der Gewaltdiskussion auf Rostock und die anderen Events rund um Heiligendamm vorbereitet werden. Presseberichte und meine eigene Wahrnehmung in Rostock lassen den Schluss zu, dass es in Deutschland höchst unterschiedliche Demonstrationsreaktions-„Kulturen“ auf Seiten der Polizei gibt. So gibt es Berichte darüber, dass sich z.B. die für ihre besondere Härte bekannte 21. Einsatzhundertschaft aus Berlin „so sehr hervortat, dass andere Polizeiführer entsetzt intervenierten“ (Neues Deutschland, 4.06.07). Lange Anfahrtswege, Kasernierung und so manche verbale oder gestische Schmähung von Seiten einiger Protestierer mögen ein übriges tun, um die Nerven der Beamten bis aufs äußerste anzuspannen und deren Gewalteinsetzbereitschaft zu erhöhen.

Eine einseitige Schuldzuweisung für die eingetretene Situation in Rostock an die Adresse des „schwarzen Blocks“ halte ich aus diesen Gründen für verkürzt. Völlig verfehlt war auch die an den Tenor der ersten Medienberichte sich anschließende Erklärung aus der Demonstrationsleitung, wonach die Polizei an der Entstehung der Gewaltsituation keine Schuld trage. Vielmehr hätte sie sich an die vereinbarte Deeskalationsstrategie gehalten. Dem steht doch eine Reihe von Fragen gegenüber, die im weiteren Verlauf der Untersuchungen zu überprüfen wären. In welche Gruppen des schwarzen Blocks waren verdeckt arbeitende Polizisten eingeschleust worden? Liegen der Polizei Erkenntnisse vor, ob sich im schwarzen Block auch eingeschleuste rechtsradikale Gruppen befanden? Welche Strategie verfolgten sie dort? Wie konnte es passieren, dass ein verwaistes Polizeiauto auf dem Kundgebungsplatz „zurück gelassen“ wurde? (Manche Beobachter sahen in dem tätlichen Angriff auf dieses Auto den entscheidenden Auslöser für das Eingreifen der Polizei.) Wozu kreiste ein Polizeihubschrauber immer wieder für längere Zeiten direkt über dem Kundgebungsplatz und erzwang auf diese Weise die wiederholte Unterbrechung der Kundgebung? Warum war das vereinzelte Abschießen von Feuerwerkskörpern - bei der Auftaktkundgebung am Bahnhof noch geduldet - am Rande der Schlusskundgebung Anlass für polizeiliche Übergriffe?

Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nun keineswegs der Versuch gemacht werden, den Spieß einfach umzudrehen und die Randalierer aus dem schwarzen Block zu entschuldigen. Mir geht es vielmehr darum, auf die strukturelle Ähnlichkeit des Verhaltens gewaltbereiter „Protestierer“ und gewaltbereiter „Ordnungskräfte“ hinzuweisen. Zwischen ihnen besteht ein psychisch-mentaler symbiotischer Zusammenhang, der sich - beinahe gesetzmäßig - in einer Spirale der Gewalt entlädt, wenn die äußeren Rahmenbedingungen es zulassen. Unnötig zu sagen, wessen politische Geschäfte hierbei erledigt werden.

Unnötig auch zu sagen, dass eine an politischer Aufklärung interessierte globalisierungskritische und Friedensbewegung jegliche Gewalt bei Demonstrationen strikt ablehnen muss. Sie ist darauf nicht angewiesen, weil sie die besseren Argumente hat. Wir wollen aber darüber nicht den Maßstab aus den Augen verlieren, der etwa so lauten könnte: Was sind ein paar Dutzend Steinwerfer gegen die militärische Gewalt, die täglich in Irak oder Afghanistan, in Palästina oder in Somalia, in Kolumbien oder in Sri Lanka, in Tschetschenien oder in Pakistan angewandt wird? Was ist die ohnmächtige und hilflose Gewalt der Pflastersteine gegen die strukturelle Ungerechtigkeit und Gewalt, an der täglich Tausende Menschen in der Dritten Welt krepieren? Diese bittere Wahrheit des täglichen Massenmordes an unschuldigen Kindern, Jugendlichen, Frauen, Kranken, Arbeitslosen und anderen Opfern der neoliberalen Globalisierung sollten die Proteste zum G8-Gipfel zum Ausdruck bringen.

Die spezielle Kritik der Friedensbewegung richtete sich vor allem gegen den offenkundigen Grundkonsens der beteiligten Großmächte, Krieg und die Androhung von Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren. Damit wird nach einer langen Periode der - zumindest verbalen - Anerkennung der Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten strikten Gewaltverbots (Art. 2,4), die internationale Rechtsordnung schwer beschädigt. Alle acht Gipfelstaaten führen illegale Kriege, sei's im Rahmen der NATO in Afghanistan und im Persischen Golf sowie vor der ostafrikanischen Küste (im Rahmen von "Enduring Freedom"), sei's im Rahmen der "Koalition der Willigen" im Irak, sei's im Rahmen eines inneren Konflikts in Tschetschenien (Russland).

Deutschland macht da keine Ausnahme. Zwar hatte die Bundesregierung 2003 den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Irak abgelehnt (ihn aber gleichwohl indirekt unterstützt). Sie war aber bereits 1999 am illegalen Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt gewesen und ist es heute an der Operation Enduring Freedom. Berlin betreibt mit Nachdruck sowohl die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee als auch die Militarisierung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (z.B. Aufbau von Battlegroups, Aufrüstungsgebot in der bisher gescheiterten EU-Verfassung). Und wir können sicher sein, dass die Befürworter eines strammen Rechtskurses Rostock zum Anlass nehmen werden, via Grundgesetzänderung den Einsatz der Bundeswehr im Innern möglich zu machen.

Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daher kommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt. Die Demonstration in Rostock hat das zunächst vorbildlich getan. An diesem Erfolg gilt es anzuknüpfen.

[Zurück zur G8-Gipfel-Seite](#)

[Zur Seite "Friedensbewegung"](#)

[Zur Globalisierungs-Seite](#)

[Zurück zur Homepage](#)

Uni Kassel, AG Friedensforschung, Peter Strutynski, Nora-Platiel-Str. 5, 34109 Kassel, eMail:

strutype@uni-kassel.de